

Landkreis Vorpommern-Rügen

Die Kreistagspräsidentin



Niederschrift über die 27. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 20.05.2019

Sitzungsraum: Hochschule Stralsund "Audimax", Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:43 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Herr Dr. Gerd Albrecht
Herr Dirk Arendt
Herr Horst Badendieck
Frau Ute Bartel
Herr Steffen Bartsch-Brüdgam
Herr Mario Bauch
Herr Alexander Benkert
Herr Ralf Borschke
Herr Ernst Branse
Frau Karin Breitenfeldt
Frau Wenke Brüdgam
Herr Eike Bunge
Herr Ingulf Donig
Herr Helge Eggersmann
Frau Mechthild Gibbels
Herr Christian Griwahn
Herr Holger Henze
Herr Maik Hofmann
Herr Dieter Holtz
Herr Frank Ilchmann
Frau Kristine Kasten
Frau Kerstin Klein
Herr Holger Kliewe
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Herr Andreas Kuhn
Herr Hendrik Lastovka
Frau Christiane Latendorf
Frau Gisela Lemke

Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Frau Kathrin Meyer
Herr Wolfgang Meyer
Herr Olaf Micheel
Herr Dr. Manfred Möller
Frau Claudia Müller
Frau Kerstin Nilson
Herr Udo Peters
Herr Michael Philippen
Herr Rüdiger Preß
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Herr Gerd Scharmberg
Frau Bärbel Schilling
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Axel Thiede
Herr Christian Thiede
Herr Norbert Thomas
Herr Peter van Slooten
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Frau Susann Wippermann
Frau Karin Wodrich
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

Von der Verwaltung
Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Ricarda Rumpel
Frau Maxi Müller
Herr Marcus Hanusch

Landrat
FDL 01
SB Kreistagsangelegenheiten
Protokollführer

Es fehlen:

Kreistagsmitglieder

Herr Benno Rüster	entschuldigt
Herr Michael Schmidt	entschuldigt
Herr Norbert Schöler	entschuldigt
Frau Heike Völschow	entschuldigt
Herr Harry Glawe	
Frau Anja Ratzke	
Herr Matthias Laack	
Herr Ingolf Dinse	
Herr Andreas Teller	

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 11. März 2019
5. Bericht des Landrates
6. Anfragen der Kreistagsmitglieder
7. Bericht des Seniorenbeirates
8. Ernennung des Kreiswehrführers und der beiden Stellvertreter zu Ehrenbeamten des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/2/0606
9. 4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen BV/2/0603
10. 2. Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenschke Kleinbahn" des Landkreises Vorpommern - Rügen BV/2/0604
11. 2. Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/2/0605
12. 4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/2/0520
13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren - Verwaltungsgebührensatzung BV/2/0594
14. Vereinbarung zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Verein Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen e.V. BV/2/0585/1
15. Änderung des Gesellschaftsvertrages der VVR GmbH BV/2/0596

- | | | |
|-----------------------------------|---|-------------|
| 16. | Annahme einer Spende der IHK Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2018 | BV/2/0609 |
| 17. | Annahme einer Spende der IHK Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2019 | BV/2/0610 |
| 18. | Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2019 | BV/2/0613 |
| 19. | Anhörung zum Antrag der Gemeinde Mönchgut auf Inkommunalisierung gemeindefreier Wasserflächen in Thiessow für das Küstenschutzbauwerk in Klein Zicker | BV/2/0608 |
| 20. | Anhörung des Landkreises Vorpommern-Rügen zur geplanten Gebietsänderung zwischen der Hansestadt Stralsund und der amtsangehörigen Gemeinde Kramerhof | BV/2/0614 |
| 21. | Antrag Ralf Borschke: "Planungshoheit der Gemeinden bei Windenergieanlagen stärken" | A/2/0160 |
| 22. | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD: "Benennung eines Radverkehrsbeauftragten" | A/2/0161 |
| 23. | Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft" | A/2/0162 |
| 24. | Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD: "Bürgerbus-Projekte stärken und im Landkreis Vorpommern-Rügen etablieren" | A/2/0163 |
| 25. | Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU: "Betrieb der Strecke Velgast - Barth aufrechterhalten" | A/2/0164 |
| 26. | Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE: "Schwimmen lernen, Sicherheit der Kinder und Jugendlichen verbessern!" | A/2/0165 |
| 27. | Antrag der Kreistagsfraktion FDP/Bürger für Stralsund: "Förderung des Kreissportbundes und der Sportvereine" | A/2/0166 |
| 28. | Mitteilungen | |
| - Nichtöffentlicher Teil - | | |
| 29. | Grundstücksangelegenheit | BV/2/0598 |
| 30. | Grundstücksangelegenheit | BV/2/0602/1 |
| 31. | Personalangelegenheit | |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

- 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**
Frau Kreistagspräsidentin Köster eröffnet die 27. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder anwesend sind. Damit stellt Frau Kreistagspräsidentin Köster die Beschlussfähigkeit fest. Sie weist daraufhin, dass keine Ton- oder Filmaufnahmen der Kreistagsitzung durchgeführt werden.

Anschließend gratuliert **Frau Kreistagspräsidentin Köster** den Kreistagsmitgliedern, die seit der vergangenen Sitzung Geburtstag hatten.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Stefan Hahn, Vertreter der Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen, künstlerischer Leiter des beteiligten Vereines Perform-Dance e.V. erklärt, dass er mit Erstaunen festgestellt habe, dass es zur Beschlussvorlage BV/2/0585/1 einen Änderungsantrag gebe, welcher die zeitliche Befristung und ein Ausschluss für andere Projekte ausschließe.

Frau Kreistagspräsidentin Köster, weist daraufhin, dass gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages Vorpommern-Rügen, keine Fragen zu auf der Tagesordnung stehenden Beschlussvorlagen zugelassen seien und sie diese Frage somit nicht zulassen könne.

Weitere Einwohneranfragen gibt es nicht.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Bemerkungen gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der Tagesordnung.

Der Kreistag stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

4. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 11. März 2019

Frau Kreistagspräsidentin Köster weist daraufhin, dass unter TOP 20 angemerkt wurde, dass Kommunen keinen Antrag nach der Kulturförderrichtlinie stellen könnten. Gemäß Punkt drei der Kulturförderrichtlinie sei eine Antragsstellung durch Kommunen möglich.

Weitere Bemerkungen gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der Niederschrift vom 11. März 2019 unter Berücksichtigung der vorgenannten Richtigstellung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei vier Enthaltungen zugestimmt.

5. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass im Fachgebiet Allgemeine Ordnung, in der Jagd- und Waffenbehörde, eine weitere Mitarbeiterin eingestellt worden sei. Dies sei notwendig um mehr verdachtsunabhängige Waffenkontrollen durchführen zu können und eine deutlich bessere Abstimmung mit den Jagdschulen im Landkreis Vorpommern-Rügen zu ermöglichen. Der Landkreis Vorpommern-Rügen sei so attraktiv, dass viele ihre Jagdausbildung mit Urlaub verbinden würden. Daher würden auch viele Jäger aus anderen Bundesländern ausgebildet werden. Im Jahr 2019 seien bisher 19 Prüfungsdurchgänge vollzogen worden, dies bedeute, dass ca. 400 Jäger ausgebildet worden seien.

Ebenfalls aus dem Fachgebiet Allgemeine Ordnung, der Straßenverkehrsbehörde, informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen zum

1. Mai 2019 die Beförderungsentgelte für Taxen angepasst habe. Es seien zwei weitere Taxen im Bereich Binz/Mönchgut-Granitz zugelassen worden, um den Bedarf abzudecken. Dies seien die Ergebnisse aus Arbeitsgesprächen mit Touristikern und Taxiunternehmern, die vom Landkreis Vorpommern-Rügen initiiert und sehr gut angenommen worden seien. Auch in der Straßenverkehrsbehörde gebe es eine neue Mitarbeiterin. Hier sei unter anderem ein Mehrbedarf an Mitarbeitern aufgrund des enormen Mehrbedarfes an verkehrsrechtlichen Anordnungen durch den Breitbandausbau, der deutlich an Fahrt aufgenommen habe, gegeben. Weiter sei die baldige Eröffnung der B96n im Juni 2019 ein Arbeitsschwerpunkt der Straßenverkehrsbehörde.

Zum Fachgebiet Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass die Fördersumme aus der Feuerschutzsteuer vom Land ca. 400.000 Euro betrage. Vom Landkreis Vorpommern-Rügen kämen aus Eigenförderung noch 300.000 Euro dazu. Dieses Geld sei nach vielen Jahren wieder in den Haushalt aufgenommen worden. Damit würden insgesamt 700.000 Euro für die Gemeinden im Landkreis Vorpommern-Rügen zur Verfügung stehen. Die Verteilung erfolge nach fachlicher Ordnung durch die Beschlüsse des Kreisausschusses. Im Bereich des Rettungsdienstes, werde derzeit eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Landkreis Vorpommern-Greifswald entwickelt, um noch verzahnter und effektiver arbeiten zu können. Auch im Landkreis Vorpommern-Rügen solle im Regelrettungsdienst der Telenotarzt etabliert werden. Diese Umsetzung solle innerhalb von zwei Jahren, beginnend im Jahr 2019, umgesetzt werden. Hierzu werden bestehende Projekte des Landkrieses Vorpommern-Greifswald auf den Landkreis Vorpommern-Rügen ausgeweitet. Dies werde durch das Wirtschaftsministerium und das Gesundheitsministerium mit Fördermitteln in Höhe von 600.000 Euro begleitet. Momentan werde eine gemeinsame landesweite Überplanung im Rettungsdienst durchgeführt. Dabei seien alle Landkreise und die kreisfreien Städte beteiligt. Ziel sei die kreisgrenzenüberschreitende Optimierung der Rettungsstandorte und die Aufstellung eines bedarfsgerechten Rettungsdienstes.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die Kreisverwaltung sich als attraktiver Ausbildungsbetrieb fit mache. Der Landkreis Vorpommern-Rügen habe auch in der Vergangenheit sehr gute Ausbildungsergebnisse erzielt. Die Gewinnung von Nachwuchskräften und deren Ausbildung habe seit vielen Jahren einen besonderen Stellenwert. Im Landesvergleich sind alljährlich einige der Auszubildenden bei Zwischen- und Abschlussprüfungen unter den Besten des Landes Mecklenburg-Vorpommerns, wie auch in diesem Jahr. Vom 15. bis 26. April 2019 fanden Azubi-Projektwochen statt. Daran haben rund 40 Auszubildende aus den Ausbildungsberufen Verwaltungsfachangestellte, Vermessungstechniker, Kauffrauen für Büromanagement und Geomatiker sowie Studierende der Fachrichtung Bachelor of Laws „Öffentliche Verwaltung“ teilgenommen. Die Themen dieser Projektwoche waren u.a. wie die Kreisverwaltung als Ausbildungsbetrieb attraktiver gemacht werden könne, sowie die Optimierung der internen Ausbildungsabläufe. Die Ergebnisse seien bereits in den Internetauftritt des Landkreises Vorpommern-Rügen im Bereich Ausbildung eingearbeitet. Auch werde an einem Instagram-Account gearbeitet, dies sei das Kommunikationsform der Neuzeit. Die Vorstellung der Ergebnisse erfolge in den kommenden Wochen auf Berufs- und Jobmessen sowie auf der Internetseite des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Zur Verbesserung des Kinderschutzes im Landkreis Vorpommern-Rügen informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass ab dem 1. Juli 2019 der Kinder- und Jugendnotdienst aufgeteilt wird. Zum einen in einen Kindernotdienst vom 0 bis 13 Jahren und einen

Jugendnotdienst von 14 bis 18 Jahren. Diese strategische Neuausrichtung basiere auf einer gemeinschaftlichen Betreuung von 0 bis 18-Jährigen, die es nach einer Inobhutnahme nur bedingt zulässt, dass auf die unterschiedlichen alterstypischen Bedarfe eingegangen wird. Diese Neuausrichtung werde von den Sozialverbänden und Kinderschutzorganisation ausdrücklich gelobt. Auch andere Landkreise wollen eine Machbarkeit prüfen und wünschen sich einen Erfahrungsaustausch mit dem Landkreis Vorpommern-Rügen.

Weiter merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass es nicht nur gute Nachrichten aus diesem Bereich gebe. Ein freier Träger musste aufgrund von Personalmangel seinen Kinder- und Jugendnotdienst ab 26. April 2019 schließen. Dieses Problem sei vom Jugendamt mit Hilfe eines Notfallplanes gelöst worden.

Aus dem Bereich Bürgerservice informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass nach EU-Richtlinie alle Papierführerscheine und Scheckkartenführerscheine umzutauschen seien und ab 2033 einheitliche fälschungssichere EU-Führerscheine vorliegen sollen. Dies bedeute für den Landkreis Vorpommern-Rügen, dass in den nächsten 14 Jahren 5.474 Kartenführerscheine und 91.004 Papierführerscheine umzutauschen seien. Dies seien 6.900 jährlich und die 6-Fache Menge der bisherigen Fallzahlen bei Umtauschvorgängen von Führerscheinen. Der benötigte Stellenbedarf für diesen Aufgabenbereich werde gerade ermittelt.

Ein Antrag auf Umtausch kann nur persönlich gestellt werden. Über den Telefonservice 115 können Besitzer eines Führerscheins im Landkreis Vorpommern-Rügen erfahren, wie lange ihr Führerschein noch gültig und welche Unterlagen zur Beantragung erforderlich seien.

Der Umtausch habe bereits begonnen, ca. 20 Inhaber „alter“ Führerscheine beantragen täglich den „neuen“ Führerschein. Es erreichen die Fahrerlaubnisbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen ebenfalls vermehrt Anfragen für Registerauskünfte zu Führerscheinbesitzern anderer Landkreise, die im Landkreis Vorpommern-Rügen ursprünglich die Fahrerlaubnis erworben haben.

Am 18. März 2019 startete im Bürgerservice eine öffentlichkeitswirksame Aktion der Zulassungsbehörde. Alle Fahrzeughalter, die eine Adressänderung wegen Zuzug beantragt haben, erhielten ein kleines Willkommensgeschenk. Viele Bürger nahmen dies als Botschaft, dass sie im Landkreis Vorpommern-Rügen willkommen seien. Gleichzeitig sei den Bürgern die Behördennummer 115 näher gebracht worden.

Herr Landrat Dr. Kerth berichtet, dass im Fachdienst Kataster und Vermessung ab Mai die Nutzung der ehemaligen Sparkassenräume im Erdgeschoss, Tribseer Damm, durch die Katasterauskunft und durch die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte erfolge. In den neuen Räumen könne ein wesentlich kundenfreundlicher Bürgerkontakt stattfinden.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass wie schon im letzten Kreistag angekündigt worden sei, eine aktuelle Hochrechnung der Verkehrsbetriebe Vorpommern-Rügen (VVR) für das Jahr 2019 einen Mehrbedarf an kreislichen Mitteln von über 1 Mio. Euro ergeben habe. Diese Entwicklung mache einen Nachtrag zum Wirtschaftsplan erforderlich. Die hierfür notwendigen Unterlagen lege die Geschäftsführung der VVR dem Aufsichtsrat vor.

Zusammenfassend seien folgende wesentliche Ursachen für die Kostensteigerung zu nennen: die Steigerung der Dieselpreise seit 2018, die gestiegene Betriebsleistung, u.a. durch die Baustellensituation auf der Insel Rügen, sowie höhere Personalkosten, die bereits auf dem letzten Kreistag genannten Tarifsteigerungen und die daraus resultierenden Anwendungsvereinbarungen sowie durch den Abschluss einer notwendigen Gesamtbetriebsvereinbarung. Im September 2019 werde für den Kreistag eine Beschlussvorlage vorgelegt. Zuvor werde die VVR transparent die Kostenentwicklung

in den Ausschüssen darstellen. Parallel dazu prüfe die Verwaltung die Auswirkungen der Kostensteigerung auf den öffentlich-rechtlichen Dienstleistungsauftrag.

Zum Thema Divitz informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium, dem Amt Barth und anderen Akteuren geführt wurden. Ziel sei die Realisierung der Sanierung von Divitz und wie diese umgesetzt werden könne. Diese Gespräche seien erfolgversprechend gewesen. Es werde an einer lokalen Lösung gearbeitet, sodass der Landkreis als Rechtsaufsichtsbehörde zuständig sein werde.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt zum Stand Prora an, dass sich bisher nur wenige Fortschritte erzielt worden seien. Eine stärkere Verantwortungsübernahme durch das Land sei nicht gegeben. Der Landkreis Vorpommern-Rügen stehe weiter zu seinen Zusagen, das die Immobilien weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt würden.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass der Breitbandausbau positiv voran gehe. Von 800 km Tiefbau seien bereits 469 km abgeleistet, 582 km Leerrohr seien verlegt, 1.013km Glasfaser seien eingeblasen, von 1.200 Verteilerschränken seien 376 aufgestellt worden.

Zum Thema Darßbahn informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass die „Weichen“ für die richtige Richtung gestellt worden seien.

Bezüglich des ÖPNV merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, es werde zukünftig der Nahverkehrsplan fortgeschrieben, weiter werde im Planungsverband über einen Verkehrsverbund nachgedacht.

Ein weiteres wichtiges Thema sei der Schulcampus in Stralsund, welches in der nächsten Wahlperiode weiter behandelt werden müsse.

Herr Landrat Dr. Kerth bedankt sich bei allen Kreistagsmitgliedern und sachkundigen Einwohnern sowie beim Kreistagsbüro für die gute Zusammenarbeit. Einen besonderen Dank spricht Herr Landrat Dr. Kerth der Kreistagspräsidentin Köster für die Zusammenarbeit aus.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bedankt sich für die Ehrung.

6. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Adomeit erfragt, ob es eine Lösung bezüglich der nachts zur Verfügung stehenden Taxen gebe.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt an, dass er der Meinung sei, dieses Thema durch den im Bericht des Landrates formulierten Sachstand geklärt zu haben. Jedoch sei ihm nicht bekannt ob die Verwaltung bereits einen Auftrag zur Überprüfung hätte.

Herr Kuhn erfragt wie der Landrat die Situation bezüglich der geplanten Vollsperrung zwischen den beiden Ortschaften Semper und Sassnitz auf der Insel Rügen bewerte und ob der Landrat bereits Kenntnis über den genauen Ablauf habe.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, das dies bei der letzten Besprechung mit dem Straßenbauamt noch kein Thema war, er die Frage aber schriftlich beantworten werde.

Herr Ilchmann erfragt wie weit der Stand der Ehrenamtskarte bezüglich der Einfüh-

zung im Landkreis Vorpommern-Rügen sei und wie hoch die Kosten seien, wenn die Ehrenamtskarteninhaber den VVR kostenlos oder ermäßigt nutzen würden.

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass er zum Stand der Ehrenamtskarte keine Aussage treffen könne und zu diesem Thema eine schriftliche Antwort erfolgen werde.

7. Bericht des Seniorenbeirates

Herr Csallner, Vorsitzender des Seniorenbeirates, trägt den Bericht des Seniorenbeirates vor. Weiter merkt Herr Csallner an, dass der Seniorenbeirat sich wünsche, mehr in die Fraktions- und Ausschussarbeit eingebunden zu werden.

Frau Kreistagspräsidentin Köster und **Herr Landrat Dr. Kerth** bedanken sich bei Herrn Csallner als Vertreter des Seniorenbeirates sowie bei Frau Knäbe für die geleistete Arbeit.

8. Ernennung des Kreiswehrführers und der beiden Stellvertreter zu Ehrenbeamten des Landkreises Vorpommern-Rügen **Vorlage: BV/2/0606**

Herr Landrat Dr. Kerth bittet den neuen Kreiswehrführer Herrn Peters und seine beiden Stellvertreter Herrn Mittelbach und Herrn Friedrich für die Ernennung zu sich. Des Weiteren bittet sie auch den ehemaligen Kreiswehrführer Herrn Scharmberg und die beiden ehemaligen Stellvertreter Herrn Schäfer und Herrn Harder zu sich, um ein herzliches Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Herr Landrat Dr. Kerth verliest die Ernennungsurkunden und beglückwünscht den neuen Kreiswehrführer Herrn Peters und die beiden Stellvertreter Herrn Mittelbach und Herrn Friedrich. Anschließend bedankt sich Herr Landrat Dr. Kerth bei den ehemaligen Stellvertretern für die geleistete Arbeit.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Beschluss: KT 485-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen ernennt unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis den am 26. März 2019 gewählten Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes

Florian Peters

zum Kreiswehrführer des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Der Kreistag ernennt unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis die am 26. März 2019 gewählten stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes

Kay Mittelbach und Sven Friedrich

Zu stellvertretenden Kreiswehrführern des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. **4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/2/0603
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 486-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10. **2. Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenschke Kleinbahn" des Landkreises Vorpommern - Rügen**
Vorlage: BV/2/0604
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 487-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die zweite Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebes „Infrastrukturverwaltungsbetrieb Rügenschke Kleinbahn“ des Landkreises Vorpommern- Rügen zum neuen Eigenbetrieb „Infrastrukturverwaltungsbetrieb“ Vorpommern-Rügen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11. **2. Änderungssatzung zur Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/2/0605
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 488-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst Landkreis Vorpommern-Rügen in der Fassung der als Anlage 2 beigefügten Neufassung der Betriebssatzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

12. **4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen**
Vorlage: BV/2/0520
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 489-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen gemäß dem als Anlage 1 beigefügten Satzungsentwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren - Verwaltungsgebührensatzung
Vorlage: BV/2/0594

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 490-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Die Verwaltungsgebühr für die Erfassung biometrischer Daten (Lichtbild, Unterschrift) in der Speed Capture Station wird mit einem Höchstsatz von 4,80 Euro festgesetzt.
2. Die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. Vereinbarung zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Verein Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen e.V.
Vorlage: BV/2/0585/1

Frau Müller beantragt das Rederecht für Herrn Stefan Hahn, als Vertreter der Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bitte um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Stefan Hahn.

Der Kreistag stimmt dem Rederecht mehrheitlich mit 23 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen zu.

Frau Kasten merkt an, dass die bereitgestellten Fördermittel nicht korrekt umgesetzt werden würden. Es müsse eine langfristige Lösung gefunden werden.

Frau Latendorf merkt an, dass erst dem Rederecht stattgegeben werde solle.

Frau Pfefferlein führt aus, dass der Prozess der Jugendkunstschule schon seit einigen Jahren behandelt werde und es bei den Debatten Zweifel gebe, dass die Jugendkunstschule zu viele Gelder beantrage. Die Jugendkunstschule sei offen, wofür das Geld verwendet werden würde. Die Jugendkunstschule habe immer das Gespräch mit den Fraktionen gesucht.

Herr Hahn merkt an, dass nicht alle Kinder die Möglichkeiten hätten die Angebote

der Jugendkunstschule zu nutzen. Er erbittet um eine Planungssicherheit. Die Beantragung benötige sehr viel Zeit um diese jedes Jahr erneut durchzuführen.

Herr Meyer informiert, dass die Gründung der Jugendkunstschule eine zwingende Maßnahme sei, um den Status einer staatlich anerkannten und vom Land geförderten Jugendkunstschule zu erhalten. Eine institutionelle Förderung wurde nie ausgeschlossen.

Frau Müller informiert, dass nur eine gemeinsame Jugendkunstschule mit der Unterstützung des Landkreises Vorpommern-Rügen auch weiter gegenüber dem Land förderberechtigt sei. Dies bedeute, dass Landesfördermittel davon abhängig seien, ob der Kreistag die Jugendkunstschule unterstütze. Eine Vereinbarung werde jedoch langfristig geschlossen. In der Beratungsfolge seien Änderungen aufgenommen worden, die dieser Idee entgegenwirken würden. Weiter sei eine projektbezogene Förderung ausgeschlossen worden. Tatsächlich sei jedoch die Jugendkunstschule bereits im ganzen Landkreis Vorpommern-Rügen tätig. Mit den zur Unterstützung gewährten 50.000 Euro werde eine Grundversorgung abgedeckt. Großprojekte werden jedoch damit nicht abgedeckt und gehen über den benötigten Bedarf hinaus. Die Jugendkunstschule werde nur Anträge für solche Projekte stellen auf die sie angewiesen sei. Es werde eine Planungssicherheit für die Jugendkunstschule benötigt.

Herr Kuhn merkt an, dass die Höhe der Kulturförderung immer wieder neu diskutiert worden sei. Herr Kuhn bittet um Prüfung ob eine institutionelle Förderung auf 100.000 Euro erhöht werden könne.

Herr Hofmann merkt an, dass er einer Erhöhung der institutionellen Förderung auf 100.000 Euro zustimmen werde.

Herr Zabel merkt an, dass die Jugendkunstschule weiter gefördert werden müsse. Die CDU-Fraktion habe sich mit der SPD-Fraktion klar positioniert. Ebenfalls sei sich im Kreisausschuss darüber geeinigt worden, dass eine institutionelle Förderung bevorzugt werde. Diese müsse auskömmlich sein. Eine Förderung in einer Höhe von 100.000 Euro könne sich ebenfalls vorgestellt werden. Über diese Änderung könne gerne abgestimmt werden. Die CDU-Fraktion möchte jedoch nicht, dass die finanziellen Mittel für die Projekt- bzw. Kulturförderung von einem großen Träger, wenn es um Anträge bezüglich einzelner Projektförderungen ginge, einen Vorsprung bekommen würden. Dieser große Träger hätte entsprechende Möglichkeiten Drittmittel einzufordern, dies könnten kleinere Vereine bzw. Träger nicht.

Herr Hofmann führt an, dass Fördermittelhöhe bereits auf 100.000 Euro erhöht wurde. Die Jugendkunstschule beziehe daraus jedoch keine Fördermittel mehr, weil die Jugendkunstschule die institutionelle Förderung bekommen würde.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung und merkt an, dass es zur Beschlussvorlage zwei Änderungsanträge der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD gebe, sowie einen Prüfauftrag der Kreistagsfraktion der CDU inwieweit eine institutionelle Förderung auf 100.000 Euro für die Jugendkunstschule aufgestockt werden könne.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, in dem der festgeschriebene Zeitraum bis 2020 aufgehoben werden solle.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen und

einer Enthaltung zu.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bitte um Abstimmung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, in dem die Streichung des erweiterten Förderungs Ausschlusses gefordert wird.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich bei 29 Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

Herr Kuhn zieht den Prüfauftrag der CDU-Fraktion zurück.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung der Beschlussvorlage mit den zuvor abgestimmten Änderungsanträgen.

Beschluss: KT 491-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Verein Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen e.V. wird die in der Anlage beigefügte Vereinbarung zur Förderung der Jugendkunstschule Vorpommern-Rügen geschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 22 Gegenstimmen und vier Enthaltungen zugestimmt

**15. Änderung des Gesellschaftsvertrages der VVR GmbH
Vorlage: BV/2/0596**

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 492-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landkreis Vorpommern-Rügen stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der VVR GmbH zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**16. Annahme einer Spende der IHK Rostock für das Welcome Center
Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BV/2/0609**

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 493-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Annahme einer Spende der IHK Rostock in Höhe von 10.000 EUR für das Jahr 2018 zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung zugestimmt

17. **Annahme einer Spende der IHK Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: BV/2/0610
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 494-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Annahme einer Spende der IHK Rostock in Höhe von 10.000 EUR für das Haushaltsjahr 2019 zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen zugestimmt

18. **Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2019**
Vorlage: BV/2/0613
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 495-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern in Höhe von 10.000,00 EUR für das Jahr 2019, zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen zugestimmt

19. **Anhörung zum Antrag der Gemeinde Mönchgut auf Inkommunalisierung gemeindefreier Wasserflächen in Thiessow für das Küstenschutzbauwerk in Klein Zicker**
Vorlage: BV/2/0608
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 496-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Mönchgut auf Inkommunalisierung gemeindefreier Wasserflächen in Thiessow für das Küstenschutzbauwerk in Klein Zicker wird zugestimmt. Der maßstabsgerechte Lageplan des Diplom-Ingenieurs Andreas Klug vom 3. Januar 2019 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

20. **Anhörung des Landkreises Vorpommern-Rügen zur geplanten Gebietsänderung zwischen der Hansestadt Stralsund und der amtsangehörigen Gemeinde**
-

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 497-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Im Rahmen der Anhörung nach § 11 Abs. 1 Satz 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) stimmt der Kreistag der beabsichtigten Gebietsänderung zwischen der Hansestadt Stralsund und der amtsangehörigen Gemeinde Kramerhof zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

21. Antrag Ralf Borschke: "Planungshoheit der Gemeinden bei Windenergieanlagen stärken"

Vorlage: A/2/0160

Herr Borschke begründet den eingebrachten Antrag.

Herr Kuhn führt aus, dass die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung unterstützt werden müsse. Es gebe Gemeinden, die Windenergiegebiete befürworten würden. Herr Kuhn schlägt vor, dass der Antrag in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu verweisen.

Herr Dr. Weiß merkt an, dass der gleiche Antrag den Landtag beschäftigen würde. Es sei richtig Gemeinden zu stärken. Jedoch ziele der Antrag auf eine Novellierung der Kommunalverfassung ab. Außerdem sei eine Aufkündigung der Privilegierung von Windenergieanlagen im Außenbereich ein Hintergrund. Diese Privilegierung sei der Kernbereich der Energiewende. Der Regionale Planungsverband sei keine staatliche Behörde.

Herr Bauch merkt an, dass die Gemeinden damit die Hoheit über die Bebauung haben würden oder sogar selber Verträge mit den Unternehmen schließen könnten.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung den Antrag in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu verweisen.

Der Kreistag stimmt der Verweisung des Antrages in den Kreientwicklungs-, Wirtschafts- und Tourismusausschuss zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung auf, sich dem Antrag des Bundeslandes Brandenburg im Bundesrat „Entschließung des Bundesrates zur Entprivilegierung der Windenergienutzung“ (Bundesratsdrucksache 509/18) anzuschließen.

**22. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD:
"Benennung eines Radverkehrsbeauftragten"**

Vorlage: A/2/0161

Frau Kreistagspräsidentin Köster weist daraufhin, dass ein Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU und SPD vorliege, dass die Stelle eines Radverkehrsbeauftragten mit einer Stelle von mindestens 0,5 Vollzeitäquivalenten etabliert werden solle.

Herr Schwarz begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Kreistagspräsidentin Köster weist daraufhin, dass es einen weiteren Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE gebe.

Frau Latendorf begründet den eingebrachten Änderungsantrag.

Herr Scharmberg merkt an, dass die Straßenbauverwaltung entscheide wo Radwege gebaut würden. Der Landrat müsse sich dafür einsetzen um überhaupt ein Zeichen setzen zu können.

Frau Müller führt an, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag begrüßen. Weiter sei in der Kreistagssitzung im Dezember beschlossen worden, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns beitrete. Hier sei durch die Fraktion Die Grünen eine Anfrage gestellt worden.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass er bereits Herrn Prof. Dr. Wetenkamp mitgeteilt habe, dass die genannte Arbeitsgemeinschaft noch nicht existiere und bei genauerer Betrachtung die Planungshoheit des Landkreises aus den Händen genommen werden würde. Weiter sei erwähnt worden, dass in anderen Städten ehrenamtliche Radverkehrsbeauftragten zuständig wären. Diese seien in einer anderen Zuständigkeit mit diesem Thema betraut. Herr Landrat Dr. Kerth sehe die Kreisentwicklung nicht nur im Radwegebau, sondern auch bei Wander- und Reitwegen. Er könne sich vorstellen die bereits bestehende Stelle besser auszustatten. Er nehme den Antrag als Prüfauftrag mit in die Verwaltung um eine Aufstockung der Stelle zu beraten.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Prüfauftrages der CDU-Fraktion.

Der Kreistag stimmt dem Prüfauftrag mehrheitlich zu.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen zu.

Beschluss: KT 498-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit innerhalb der bestehenden Verwaltungsstruktur ein zentraler Ansprechpartner als „Radverkehrsbeauftragter“, mit einer Stelle von mind. 0,5 Vollzeitäquivalenten, etabliert werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen

Beschluss: KT 499-27/2019

Der Kreistag beschließt:

1. Wir könnten uns vorstellen ein Sachgebiet Radmobilität zu etablieren, deren Leiter gleichzeitig Radverkehrsbeauftragter wäre.
Zu den Aufgabenschwerpunkte würden dann gehören
 - a. Strategische Koordination,
 - b. Vernetzung,
 - c. Projekte und Planungsprozesse mit Bezug auf Radmobilität
 - d. Verkehrsplanung des Landkreises und der Städte mit Thematik Radmobilität
2. Einen runden Tisch Radverkehr zur Mitarbeit Interessierter zu etablieren.
Das wäre eine Voraussetzung für eine erfolversprechende Arbeit, den der Radverkehrsbeauftragte leiten sollte.
Damit können wirklich alle Möglichkeiten mit ehrenamtlichen und anderen kommunalen Strukturen gesucht werden um Lösungen zu finden.
3. In anderen Landkreisen löst man diese Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Radverkehrsbeauftragten, die ihre Gegend und die Probleme kennen, besser - wie es ein in der Verwaltung arbeitender, für den gesamten Kreis Zuständiger, je leisten kann. Darum ist auch diese Möglichkeit zu prüfen, wie diese ehrenamtlichen Strukturen etabliert werden können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen beschlossen

23. Antrag der Kreistagsfraktion CDU: "Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft" Vorlage: A/2/0162

Herr Bauch merkt an, dass vom Landkreis Kompetenzen und Aufgaben an die Stadt Stralsund übertragen werden würden. Die Folgen seien, dass in Stralsund die Abfallgebühren sinken und im Landkreisgebiet steigen würden.

Herr Schwarz begründet den eingebrachten Antrag.

Frau Latendorf merkt an, dass die Abfallentsorgung des gesamten Landkreises Vorpommern-Rügen zu berücksichtigen sein müsse. Die durch Herrn Schwarz genannten Mängel könnten durch den Betriebsausschuss geregelt werden.

Frau Müller führt an, dass die Aufgabe des Kreistages sei, den gesamten Landkreis Vorpommern-Rügen zu betrachten. Es sei nicht im Interesse, einzelne Gebiete herauszulösen. Dies bedeute eine Belastung der Gemeinden und der Menschen die dort leben. Frau Müller begrüße eine Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Herr Landrat Dr. Kerth führt an, dass Herr Ewert, welcher in der Bürgerschaft anwesend war, nicht darüber berichten konnte, dass allgemein über Rekommunalisierung gesprochen werde, sondern um eine Aufgabenübertragung an die Hansestadt Stralsund. Es ginge darum ein Teil der Aufgabe, die dem Landkreis zugeordnet wurde der Hansestadt Stralsund zu übertragen. Dies bedeute eine Gebührenerhöhung von 15 % für den restlichen Teil des Landkreises Vorpommern-Rügen. Während der Kreisgebietsreform 2011 habe die Möglichkeit bestanden, dass die Hansestadt Stralsund

die Abfallentsorgung allein durch führe. Jedoch habe der Landkreis Vorpommern-Rügen 2011 zum Teil den Abfallbetrieb der Hansestadt übernommen und ist damit in die OVVD mit eingestiegen. Dazu sei der Landkreis Vorpommern-Rügen nicht verpflichtet gewesen. Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform habe die Idee bestanden, die größeren Städte deutlich zu entlasten. Es sei von Anfang an festgelegt worden, dass die kreisfreien Städte entlastet werden sollten. Dafür seien bestimmte Aufgaben an den gesamten Raum übertragen worden.

Herr Holtz stellt den Antrag auf Abschluss der Debatte.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Antrages auf Abschluss der Debatte.

Der Kreistag stimmt dem Antrag mehrheitlich bei drei Gegenstimmen zu.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Antrages.

Die SPD-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Kuhn zieht den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

**24. Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD:
"Bürgerbus-Projekte stärken und im Landkreis Vorpommern-Rügen etablieren"
Vorlage: A/2/0163**

Frau Brüdgam merkt an, dass der Bürgerbus keine endgültige Lösung darstelle. Die Pflicht die sich aus dem ÖPNV-Gesetz ergebe, solle sich nicht in das Ehrenamt verlagert werden. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald gebe es den ILSE-Bus, der sehr gut genutzt werde. Frau Brüdgam empfiehlt den Antrag wie folgt zu erweitern:
„Weiterhin ist eine Modifizierung des Rufbussystems nach dem Vorbild des ILSE-Bus Vorpommern-Greifswald zu prüfen.“

Herr Henze führt an, dass es in Mecklenburg-Vorpommern viele erfolgreiche Projekte zum Thema Bürgerbus gebe. Eine neue Mobilität werde im ländlichen Raum benötigt.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bitte um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung der Änderung von Frau Brüdgam.

Beschluss: KT 500-27/2019

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen mit welchen Instrumenten und Maßnahmen die VertreterInnen in den Gemeinden im Landkreis Vorpommern-Rügen BürgerInnen-Busse etablieren können. Eine Beratung und Unterstützung zu Fördermittelanträgen sind dabei zu garantieren. Weiterhin ist eine Modifizierung des Rufbussystems nach dem Vorbild des ILSE-Bus Vorpommern-Greifswald zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen beschlossen

**25. Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU:
"Betrieb der Strecke Velgast - Barth aufrechterhalten"
Vorlage: A/2/0164**

Herr Dr. Weiß bedankt sich, dass die Antragsteller einen vernünftigen Antrag eingereicht haben.

Beschluss: KT 501-27/2019

Der Landrat wird beauftragt sich bei allen Partnern insb. bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass bis zur Fertigstellung der Darßbahn die Strecke Velgast - Barth weiter betrieben wird. Zusätzlich setzt der Landkreis sich bei allen Beteiligten für den barrierefreien Umbau des Bahnhofs Velgast ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

26. **Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE: "Schwimmen lernen, Sicherheit der Kinder und Jugendlichen verbessern!"**
Vorlage: A/2/0165

Herr Bauch führt an, dass der Antrag nach erneuter Prüfung und Diskussion im Ausschuss neu verfasst worden sei.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung des Antrages.

Beschluss: KT 502-27/2019

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich gegenüber der Landesregierung für einen Ausbau des Schwimmunterrichts einzusetzen und sich dafür stark zu machen, dass die Schülerinnen und Schüler in zumutbarer Weise und Entfernung am Schwimmunterricht und am Freizeitschwimmen teilnehmen können.
2. Der Landrat ermittelt die Bedarfe im Landkreis Vorpommern-Rügen und trägt das Ergebnis zum Kreistag vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

27. **Antrag der Kreistagsfraktion FDP/Bürger für Stralsund: "Förderung des Kreissportbundes und der Sportvereine"**
Vorlage: A/2/0166

Herr Hofmann begründet den eingebrachten Antrag. Durch die fehlende Benennung einer Deckungsquelle, empfiehlt Herr Hofmann den Antrag in den Ausschuss zu verweisen.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung den Antrag in den Ausschuss zu verweisen.

Der Kreistag stimmt einer Verweisung in den Ausschuss einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, die Förderung für den Kreissportbund um 25.000 € p.a.

und die Förderung der Sportvereine um 75.000 € p.a. zu erhöhen.
Ebenfalls ist die Sportförderrichtlinie zu ändern.

28. Mitteilungen

Frau Kreistagspräsidentin Köster gibt einen Überblick über die geleistete Arbeit des Kreistages und seiner Gremien und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in der letzten Wahlperiode.

gez. Andrea Köster

Datum, Unterschrift

Andrea Köster

Kreistagspräsidentin

gez. Marcus Hanusch

Datum, Unterschrift

Marcus Hanusch

Protokollführer